

P R O T O K O L L
zur Sitzung des Landesschulbeirates vom 09. November 2016

Ort: Jane-Addams-Schule, Cafeteria — Haus 2
Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 20:35 Uhr
Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

TOP 1:

Begrüßung, Feststellung der Tagesordnung

In Abwesenheit des Vorsitzenden leitet Herr Kaminski, Mitglied des Vorstandes, die Sitzung. Er begrüßt alle Anwesenden, insbesondere Frau von Bernuth und Herrn Duveneck. Zum Thema Berufsbildung sind mehrere Gäste anwesend. Die Mitglieder erheben hierzu keinen Einspruch. Die Tagesordnung wird ohne Änderung angenommen. Die Liste zur Weihnachtsfeier geht nochmals rum.

TOP 2:

Aktuelles/Fragen des Landesschulbeirates zu aktuellen Themen

Referent: Herr Thomas Duveneck (II Ltr. SenBJF)

Zu dieser Sitzung liegen seitens der Mitglieder keine Fragen vor. Herr Duveneck berichtet zu aktuellen Vorgängen.

Zum einen liegen die Ergebnisse des mittleren Schulabschlusses und der erweiterten Berufsbildungsreife vor, zum anderen kann über den neuesten Bildungstrend berichtet werden. Dieser beinhaltet den Ländervergleich von Neuntklässlern.

Die Ergebnisse der Abschlüsse sind seit 07.11.2016 im Netz über den ISQ-Server abrufbar. Zwei Ergebnisberichte liegen vor. Der Bericht über die Berufsbildungsreife nach der neunten Jahrgangsstufe. Erfreulicherweise gibt es eine leichte Steigerung gegenüber dem Vorjahr, wonach in diesem Jahr 78 % die Berufsbildungsreife erreicht haben.

Insgesamt haben 95% aller zur Prüfung angetretenen Schülerinnen und Schüler den Schulabschluss erreicht.

An den ISS und Gemeinschaftsschulen haben 9% keinen Abschluss geschafft, an den Gymnasien haben fast alle den Abschluss geschafft (ca. 99%). Den MSA erreichen an den Gymnasien auch 97 %.

Die Bildungstrend-Studie (alt Ländervergleich) kann nunmehr die Schülerpopulation in Deutsch/Englisch/Französisch länderübergreifend miteinander vergleichen.

Das Land Berlin hat im Wesentlichen wie 2009 abgeschnitten. Das Niveau wurde gehalten, aber nicht verbessert. An diesem Bildungstrend nehmen alle Schülerinnen und Schüler teil, auch die mit sonderpädagogischem Förderbedarf. In der Studie 2009 wurden diese noch herausgerechnet. Zur besseren Vergleichbarkeit wurde diese auch 2015 noch einmal herausgerechnet. Zukünftig erfolgt dies nicht.

Fragen der Mitglieder werden beantwortet:

- Bildungsstandards gibt es nur für alle Schülerinnen und Schüler
- Die Senatsverwaltung wird weiterhin am MSA festhalten.
- Die Ergebnisse der Studien werden in Berlin hinsichtlich der Maßnahmen beleuchtet, welche man bereits ergriffen hat. Wie erfolgreich sind diese? Was nicht erfolgreich ist, wird eingestellt bzw. verändert.

Herr Kaminski dankt Herrn Duveneck für sein Kommen.

Top 3:

Ergebnisse der Projektgruppe Weiterentwicklung und Stärkung der beruflichen Schulen und OSZ

Referent: Herr Stefan Platzek (SenBJF)

Herr Kaminski begrüßt Herrn Platzek.

Der Projektauftrag wurde von der Senatsverwaltung erteilt, unter Beteiligung der Schulen, der externen Partner der beruflichen Bildung und anderer Senatsverwaltungen.

Das Projekt gliedert sich in drei Teilprojektgruppen. Dem Steuerungsgremium zu diesem Projekt sitzt die Senatorin vor. In diesem Gremium wurde über den Stand der Arbeit informiert.

In der Teilprojektgruppe 1 haben eine Schulaufsicht und eine Schulleitung den Vorsitz und beschäftigen sich mit dem Thema eigenverantwortliche Schule und Qualitätsmanagement. Ziel ist es, dass Entscheidungen dort verantwortet werden sollen, wo sie auch getroffen werden und wo die Verantwortung für die Ergebnisse liegt.

Die Projektgruppe hat geschaut, was hier pilotiert werden kann. In einem Interessensbekundungsverfahren können Schulen sich dafür bewerben, an dem Projekt teilzunehmen.

Eine starke inhaltliche Diskussion ergibt sich aus der Frage, was die Themen sind und wie Eigenverantwortung evaluiert werden kann. Hierzu gibt es bisher noch keine Festlegung, welche konkreten Themen an der Stelle mindestens ausprobiert werden sollen.

Es fehlte auch ein Stückweit die Frage, an welchen Kriterien der Erfolg einer solchen Pilotenphase gemessen wird. Da ist in der Sitzung der Steuerungsgruppe klar geworden, dass die Steuerungsgruppe möchte, dass ganz klar gesagt wird: wie und woran machen wir jetzt den Erfolg von eigenverantwortlicher Schule fest.

Insgesamt ist die Teilprojektgruppe 1 noch im Findungsprozess; hier wird frühestens im Dezember etwas Konkretes vorliegen.

Die Teilprojektgruppe 2 beschäftigt sich mit den konkreten Bildungsangeboten.

Diese Gruppe erarbeitete das Berliner Berufsausbildungsmodell. Die Idee ist es, jungen Menschen ohne Ausbildungsplatz das Angebot einer dualen Ausbildung zu unterbreiten. Hier wird die schulische Ausbildung durchlaufen, parallel dazu wird aber auch im Betrieb gearbeitet. Sie erhalten allerdings keinen Ausbildungsvertrag und somit auch kein Entgelt. Ziel ist es, dass in dieser Phase möglicherweise Betriebe gefunden werden, die diesen jungen Menschen doch einen Ausbildungsvertrag anbieten.

Für dieses Modell wurden die drei Berufe vorgeschlagen:

- Kaufleute für Büromanagement
- Groß- und Außenhandelskaufleute
- Fachkräfte für Gastgewerbe

Die begleitenden Verbände werden genau darauf achten, dass Betriebe hier nicht teilnehmen, um sich das erste Ausbildungsjahr zu sparen.

Derzeit wird diskutiert, wie es nach dem ersten Jahr weitergeht, wenn keine Ausbildung zustande kommt.

Fragen der Mitglieder werden beantwortet:

- Es ist keine Grundqualifizierung, sondern die jungen Menschen stehen in dualer Ausbildung. Das erste Ausbildungsjahr des Berufes wird dort praktisch durchgeführt.
- Betriebe sind der Kernpunkt der Ausbildung. Bildungsgangbegleiter begleiten das Lernen in den Betrieben, bzw. bereiten dies vor.
- Zunächst sollen ca. 300 Plätze pilotiert werden.

Die Teilprojektgruppe 3 befasst sich mit Schulentwicklungsplanung und Disparitätenausgleichen.

Die Schulentwicklungsplanung soll den Planungszeitraum 2020 bis 2025 umfassen. Im gleichen Kontext beschäftigt sich die Teilprojektgruppe 3 mit einem Masterplan zur Fusionsbegleitung, falls es zu Fusionen von Schulen kommen sollte. Hierbei kann es auch zu Verlagerung von Bildungsgängen kommen. Schulentwicklungsplanung basiert auf Erwartungen, das heißt einer Prognose. Hierzu ist die Zuarbeit von Fachkundigen notwendig. Es muss sich angesehen werden, wie viele Plätze gibt es an welchen Standorten. Mit welchen Raumkonzepten kann berufliche Schule der Zukunft durchgeführt werden? Welchen Einfluss haben Lernfelder? Der Flächenbedarf wird diskutiert, mit Analyse des Ist-Standes.

Fragen der Mitglieder werden beantwortet:

- Die begleitenden Schulleiter und Personen aus der Schulaufsicht sind:
Teilprojektgruppe 1 Herr Rahmig und Frau Dr. Heesen
Teilprojektgruppe 2 Frau Verdenhalven und Herr Salchow
Teilprojektgruppe 3 Herr Buß und Herr Platzek

Das Projekt läuft bis 2018.

Herr Platzek bedankt sich für die Aufmerksamkeit.

TOP 4:

SEK II Modelle der gymnasialen Oberstufe, gymnasiale Oberstufe im Verbund **Referentin: Frau Christiane Kose und Angela Knäring (SenBJF)**

Im Zuge der Schulstrukturreform stellte sich die Frage, wie geht es mit den Sekundarschulen weiter, die über keine eigene gymnasiale Oberstufe verfügen?

Viele Sekundarschulen haben immer wieder dargestellt, dass ihre Schulentwicklung ohne diese Oberstufe nicht vorankommt. Hier entstand die Idee, dass es eine Kooperation mit den vorhandenen OSZ's in Berlin geben soll. An der Idee wird weiterhin festgehalten, allerdings zeigt die standortbezogene Erfahrung, dass es nicht immer passt. Und das bezieht sich nicht nur auf Schulstandorte, sondern insbesondere auch auf Wahlverhalten von Schülerinnen und Schülern.

Ein Lösungsansatz ist die gymnasiale Oberstufe im Verbund, die von Frau Knäring nun im Rahmen einer Präsentation vorgestellt wird. Diese Präsentation ist als *Anlage 1* beigefügt. Als *Anlage 2* finden Sie den Leitfaden Gymnasiale Oberstufe im Verbund.

Fragen der Mitglieder werden beantwortet:

Es wäre begrüßenswert, wenn die E-Phase sowie an der einen, als auch an der anderen Schule stattfindet (in den ISS).

Die Schulaufsicht der ISS begleitet die Schulen bei der Konzepterstellung. Beide Schulaufsichten sprechen sich miteinander ab.

Idealerweise befinden die Schulen sich in einem Bezirk. Grds. ist bei regionaler Nähe, aber bezirklicher Unterscheidung auch ein Verbund möglich. Dies ist aber nicht die bevorzugte Lösung.

Eine gemeinsame Verantwortung beider Schulleitungen ist gewollt und man geht momentan nicht von Problemen aus (z. Bsp. bei Schulleitungswechsel)

Es wird hier viel auf Erfahrungswerte ankommen. Zum Beispiel bei der Arbeit der schulischen Gremien. Es wird sich zeigen, ob hier unter Umständen schulverfassungsrechtliche Änderungen vorgenommen werden müssen.

Eine Erweiterung des sprachlichen Angebotes müssen beide Standorte mit-

einander abstimmen.

Eine Umwandlung von einer Schulform in eine andere ist es aus schulrechtlicher Sicht nicht. Organisationsrechtlich ist es aber genauso zu begreifen wie eine Umwandlung Und daher hat man sich für die Begrifflichkeit Umwandlung entschieden.

Ideal wird die Anzahl von 2 Schulen angesehen, die den Verbund eingehen.

Jeder Standort (kooperierende Schulen werden als ein Standort gesehen) hat eine Funktionsstellenausstattung. Es gibt eine Oberstufenkoordinatorenstelle für die Standorte.

Bei einer Zusammenlegung von Schulen erfordert es sehr viel Energie, um tatsächlich dann auch als ein gemeinsamer Standort aus so einer Fusion hervorzugehen.

Es ist wichtig, dass die regionalen Schulaufsichten mit der Senatsverwaltung im ständigen Kontakt sind und über die Pläne informieren.

Dieses Angebot der gymnasialen Oberstufe im Verbund ist keine Schulstrukturreform, sondern es ist ein Angebot was es jetzt zusätzlich gibt. Bereits in der Vergangenheit wurden einzelnen ISS eigene gymnasiale Oberstufen genehmigt. Das ist durch das Gesetz auch weiterhin vorgesehen Das eine ersetzt nicht das andere. Bei einer ISS und einer Gemeinschaftsschule die eine gemeinsame gymnasiale Oberstufe im Verbund gründen, wird aus der Gemeinschaftsschule keine ISS., sondern jeder hat seine eigene gymnasiale Oberstufe, aber die Schulart ändert sich nicht.

In den Bezirken kann es unterschiedliche Schwerpunktsetzungen geben. Jeder Bezirk hat seine eigenen Schulentwicklungspläne. Über den Leitfaden ist sehr deutlich gemacht worden, dass gewollt ist, dass die Schulen sich auf den Weg machen. Die Kriterien die angelegt wurden seitens der Diskussion mit dem Schulamt waren eher organisatorischer Art. Hauptsächlich rein unterrichtsraumfachlicher Art, aber auch hinsichtlich der Frage ob die Anzahl der Plätze an einem anderen Ort nicht bereitgestellt werden kann. Es geht nicht nur um die Frage ob standortbezogen ab 50 Schülern und mehr eine erfolgreiche gymnasiale Oberstufe eingerichtet werden kann, sondern es geht um die Frage, wie sieht denn die Schulplatzversorgung im Bezirk aus. Auch prognostisch für die nächsten 10 Jahre. Macht es Sinn einen Standort einzurichten. Berlinweit wird diese Frage dann auch noch gestellt

Der individuelle Wunsch der Schülerinnen und Schüler kann nicht über Kooperationsvereinbarungen abgedeckt werden. Eine verlässliche Kooperation über zwei Standorte hinaus macht keinen Sinn, denn man kann die Schülerströme nicht so absichern, dass sie einerseits sagen sie machen logistisch eine gymnasiale Oberstufe im Verbund und zusätzlich werden Plätze an einigen OSZ vorgehalten. Die Erfahrung zeigt, dass es nur sehr wenig Standorte im Bereich OSZ gibt, die tatsächlich so übernachtungsgefragt sind, dass den Schülerwünschen nicht entsprochen werden kann.

Der Zeitraum zwischen einer ersten Kontaktaufnahme bis zur Realisierung des Verbundes ist unterschiedlich. Realistischerweise kann man von ca. 2 Jahren sprechen, wenn es gut vorbereitet wird.

Herr Kaminski dankt beiden Damen für ihr Kommen und die Ausführungen.

TOP 5:

Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

TOP 6:

Berichte der Schülerinnen und Schüler

Es gibt keine Wortmeldungen.

TOP 7:

Verordnung Aufnahme Schulen besonderer Prägung

Referent: Herr Gernoth Schmidt (SenBJF)

Herr Schmidt begrüßt die anwesenden Mitglieder und stellt die Änderungen anhand der beiliegenden Synopse (*Anlage 3*) vor und erläutert diese.

Zusätzlich gab es bereits Rückmeldungen zu dieser Synopse aus den Bezirken und daraufhin wird es bereits eine Änderung geben. Und zwar betrifft es die Spätmelder. Hier wird die Frist dahingehend angepasst, dass künftig der Zeitraum, in dem diese nachträglichen Anmeldungen berücksichtigt werden können, im Rahmen der freigehaltenen Kontingente auf drei Wochen vor Schuljahresbeginn festgelegt wird.

Seitens des Gremiums gibt es keine Einwände zu diesen Änderungen.

TOP 8:

Verschiedenes

In den Bezirken laufen derzeit die Wahlen zu den Gremien. Herr Kaminski bittet die Mitglieder, der Geschäftsstelle per Mail die Namen und Kontaktdaten der gewählten Personen mitzuteilen. Eine neue Ausgabe des Berliner Forums Gewaltprävention liegt vor und kann in der Geschäftsstelle abgeholt werden.

Herr Heckel hat ein Papier zur AG Schulraumqualität mitgebracht und dieses wird an die Mitglieder per Mail weitergeleitet. Im Januar erfolgt der Abschlussbericht.

Der Beirat Berufliche Schulen schildert die derzeitige Problematik mit der Senatsverwaltung. Hier kann wohl derzeit nicht fristgerecht zur Sitzung eingeladen werden. Herr Platzek wird darüber informiert.

Herr Kaminski schließt die Sitzung und dankt den Anwesenden für die gute Zusammenarbeit.

Jens Kaminski
(Vorstand)

Andrea Schreiber
(Protokollantin)